

**FORUM
MENSCHENRECHTE**



Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen

Jahresbericht 2022

Inhalt

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE	3
Rückblick 2022.....	5
Aktivitäten 2022	8
Publikationen.....	8
Positionspapiere und Stellungnahmen (z.T. mit anderen Netzwerken)	8
Pressemitteilungen.....	8
Berichte vom MRR.....	8
Veranstaltungen	9
Politische Gespräche	9
Interne Veranstaltungen (Plena)	9
Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE	10
AG Antirassismus.....	10
AG Entwicklung/Wirtschaft.....	11
AG Flucht/Migration (NEU)	11
AG Frauen/LSBTI*	12
AG soziale Rechte in Deutschland (NEU, Arbeitstitel).....	13
AG Kinderrechte:	13
AG Außenpolitik/Menschenrechtsrat (MRR)	14
Weiterarbeit 2023	15
Verwendete Abkürzungen.....	16
Mitgliedsorganisationen 2022.....	17
Impressum.....	19

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) wurde auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) im Anschluss an die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 am 12.01.1994 als Netzwerk von in Deutschland bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs gegründet.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit Themen widmet sich das FMR u.a. der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte und der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher Expert_innen in internationalen Menschenrechtsorgans

Im Jahr 2022 zählte das FMR 53 Mitgliedsorganisationen, davon drei Gastmitglieder (vgl. Liste im Anhang).

Unsere permanenten Arbeitsgruppen (2022): Antirassismus, Entwicklung/Wirtschaft, Flucht/Migration, , Kinderrechte, Rechte von Frauen und LSBTI*, soziale Rechte in Deutschland, UN-Menschenrechtsrat/Außenpolitik) bilden das inhaltliche Rückgrat und die Grundlage für die Arbeit des FMR. Alle Mitgliedsorganisationen sind gehalten, ihre Expertise in mindestens einer der permanenten Arbeitsgruppen einzubringen.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - ad hoc-Arbeitsgruppen - eingerichtet.

Bei regelmäßig (3-4 x pro Jahr) stattfindenden Plenen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein vom Plenum für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis (Ko-Kreis) sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum und Arbeitsgruppen und ist für die Außendarstellung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2022 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- *Amnesty International* Deutschland e.V. durch Dr. Julia Duchrow,
- *Brot für die Welt* im EWDE e.V. durch Silke Pfeiffer,
- *Bundesweite Arbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, BAfF e.V.* durch Elise Bittenbinder,
- *Der Paritätische-Gesamtverband* durch Katrin Frank
- *Kindernothilfe* durch Frank Mischo
- *PRO ASYL e.V.* durch Günter Burkhardt,
- *terre des hommes Deutschland e.V.* durch Jonas Schubert,
- *Vereinte Evangelische Mission* durch Dr. Jochen Motte.

2022 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder – Elise Bittenbinder (BAfF e.V.), Prof. Dr. Michael Krennerich (Nürnberger Menschenrechtszentrum) und Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen) – das FMR im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Das FMR ist dem gemeinnützigen **Verein Forum Menschenrechte e.V.** angegliedert. Dieser führt u.a. gegen Selbstkostenerstattung die Administration der Arbeit des Netzwerks durch und unterstützt es auch inhaltlich.

Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins Forum Menschenrechte e.V. waren 2022 Henriette Engels und Dr. Jochen Motte; für die Finanzen zeichnete Günter Burkhardt als drittes Vorstandsmitglied verantwortlich.

Das Forum Menschenrechte e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (2021 Beate Ziegler). Es entsendet außerdem eine Beobachterin zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2022 wurde diese Aufgabe von Dr. Silke Voß-Kyeck wahrgenommen.

Rückblick 2022¹

Wir blicken zurück auf ein Jahr, das die menschenrechtlichen Rahmenbedingungen für das FMR nachhaltig verändert hat, auch wenn die meisten Themen auf der Agenda des FMR unverändert fortbestehen und relevant bleiben.

Der letzte Bericht vor einem Jahr war in wesentlichen Teilen ausgerichtet auf den Start der neuen Ampelkoalition und eine Reihe von Verabredungen und Zusagen im Koalitionsvertrag sowie Neubesetzungen in für das FMR wichtigen Positionen in Regierung und Parlament. Er bot damit auch Anlass zur Hoffnung, dass Kernanliegen, wie sie in den Wahlforderungen niedergelegt waren, insbesondere in den Bereichen Innen-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, und Außenpolitik im politischen Handeln aufgegriffen werden.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und die politischen Auswirkungen dieses Angriffskrieges mit all seinen Folgen für die Zivilbevölkerung in der Ukraine, einschließlich schrecklicher Kriegsverbrechen an Zivilisten, haben auch den Kontext menschenrechtlicher Themen nachhaltig verändert. Das FMR hat sich erstmals auf dem Plenum im Mai 2022 damit auseinandergesetzt und wird dies auch auf dieser Klausur thematisieren. Die Folgen dieses Konfliktes sind nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in vielen Ländern der Welt wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich zu spüren. Dies betrifft ebenso Fragen von Flucht und Migration vor dem Hintergrund von Millionen von Geflüchteten aus der Ukraine in Länder der Europäischen Union. Themen wie die Erteilung humanitärer Visa für Menschen aus Afghanistan, oder die menschenrechtskonforme Gestaltung europäischen Grenzschutzes sind dabei in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung getreten. Das FMR hat diese dennoch

weiterverfolgt, u.a. in einem Gespräch am 9. März mit Außenministerin Annalena Baerbock und Innenministerin Nancy Faeser.

Auf internationaler Ebene hat der Ukrainekrieg Auswirkungen auf die Arbeit multilateraler Institutionen wie der Vollversammlung der VN, des Sicherheitsrates und des UN-Menschenrechtsrates zur Folge gehabt. Auch wenn in der Vollversammlung und im Menschenrechtsrat Russlands kriegerische Aggression verurteilt wurde, bleibt der Sicherheitsrat mit der Vetomacht Russland handlungsunfähig. Damit einher geht eine Neubewertung der Rolle Chinas in den internationalen Beziehungen. Aus menschenrechtlicher Sicht hat das FMR immer wieder in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass Chinas Politik die Handlungsfähigkeit internationaler Institutionen wie des VN-Menschenrechtsrates unter Beteiligung von Nicht-Regierungs-Organisationen und unabhängigen Sonderberichterstatter_innen nachhaltig gefährde.

Als destabilisierende Treiber für multilaterale Ordnung muss aber ebenso auf nationalistische, populistische und rechtsextreme Bewegungen und führende Politiker_innen in westlichen Staaten erinnert werden. Unter dem Motto ‚our country first‘ / ‚America First‘ haben Männer wie Donald Trump maßgeblich mit dazu beigetragen und tun dies weiter, universale Menschenrechte in einer globalen vernetzten Welt zu schwächen und die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung einer weltweiten Klimakatastrophe oder der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu sabotieren. Folgen dieser Bewegungen wie der Sturm der Bolsonaro-Anhänger_innen auf das Parlament in Brasilia am 8. Januar haben dies erneut drastisch vor Augen geführt.

¹ Der Rückblick basiert auf Ko-Kreis- und Vorstandsbericht für die Jahresklausur im Januar 2023

Vor diesem Hintergrund wird von Interesse sein, wie die neue Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, aber auch die Chinastrategie auf die genannten Herausforderungen reagieren werden.

Das FMR hat u.a. in einem Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29. August dazu konkrete Vorschläge gemacht. Sicherheit kann es nicht geben, wenn Menschenrechte in einer Strategie nur als Wertegrundlage genannt werden, aber nicht operational in vernetztes politisches Handeln integriert sind.

Dies gilt insbesondere für die Justierung bilateraler Beziehungen zu Staaten unter Einbeziehung der jeweiligen Menschenrechtssituation im Inneren und der dort gegebenen Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. Hätte man dies bei Russland als ein leitendes Kriterium in den vergangenen Jahren in angemessener Weise mitberücksichtigt, wären schon eher Konsequenzen für die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen gezogen worden - Stichwort Nordstream II.

Angesichts steigender Energiepreise und wachsender sozialer Spannungen in Deutschland stellt sich auch die Frage des Inneren Zusammenhalts unter menschenrechtlicher Perspektive, was soziale und wirtschaftliche Rechte angeht, immer dringender. Das war ein zentrales Thema unseres Plenums im Oktober.

75 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und 30 Jahre nach der Wiener Weltmensenrechtskonferenz hat Deutschland im Rahmen des anstehenden UPR Gelegenheit, zu zeigen, wie es Menschenrechte in Deutschland gewährleistet, fördert und stärkt. Zumindest die langjährige Forderung, das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt zu ratifizieren, wurde von der Ampelkoalition endlich umgesetzt. Bis März 2023 wird das FMR zum UPR Deutschlands eine ‚submission‘ (Stellungnahme) erarbeiten und vorlegen.

Weitere Aktivitäten wie Gespräche mit der Menschenrechtsbeauftragten, ein Parlamentarisches Frühstück zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, Aktivitäten zum Lieferkettengesetz etc. sind in diesem Bericht bzw. in den Berichten der AGs aufgeführt.

Aufgrund der durch Corona bedingten Zoom-Jahresklausur 2022 wurde der Koordinationskreis des Netzwerks FMR erst beim Präsenzplenum im Mai 2022 neugewählt. Dort wurden die ausscheidenden Mitglieder Dr. Ilona Auer-Frege und Dr. Lisa Heemann mit Dank für ihren Einsatz im FMR verabschiedet und neben den bisherigen Ko-Kreismitgliedern Katrin Frank und Frank Mischo neugewählt. Der Koordinationskreis hat sich am 10. Juni 2022 auf einer Sitzung in Hannover neu konstituiert und sich am 29. August und 17.-18. November 2022 zu weiteren physischen Sitzungen bzw. einer Klausur getroffen.

Neben den angesprochenen Themen beabsichtigen wir die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit u.a. durch Blog-Beiträge und die Produktion von Podcasts für das Jahr 2023.

Welche Zukunft für die Menschenrechte?

Vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen zum Schutz von Menschenrechten in Deutschland, in bestimmten Weltregionen und weltweit plant das FMR Ende November / Anfang Dezember eine gemeinsame Tagung mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und der Evangelischen Akademie zu Berlin in der Friedrichstadtkirche anlässlich des 75. Geburtstages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dabei soll auch zurückgeblickt werden auf Wien 1993, wo es gelang, universale Menschenrechte zu verteidigen. Wie dies in Zukunft geschehen kann, welche Rolle wir als menschenrechtliche Zivilgesellschaft in Deutschland dabei haben, wie Politik sich dazu im Kontext veränderter geopolitischer Bedingungen nicht zuletzt bei der Erarbeitung und Umsetzung einer neuen vernetzten Sicherheitsstrategie verhält, welche

Impulse wir auch von Menschenrechtsverteidiger_innen und ExpertInnen aus anderen Ländern und Regionen dabei aufnehmen können, all das sollen Fragen sein, die wir in diesem Jahr, aber besonders auf der geplanten Tagung, aufgreifen wollen.

Koordinationskreis des Netzwerks und Vorstand des e.V. haben darüber hinaus den

Prozess der Neujustierung der beiden Institute – ‚Netzwerk FMR‘ und ‚gemeinnütziger Verein Forum Menschenrechte e.V.‘ weiterverfolgt, um allen zukünftigen haftungsrechtlichen, vereinsrechtlichen und steuerrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Aktivitäten 2022

Publikationen

Positionspapiere und Stellungnahmen (z.T. mit anderen Netzwerken)

- März 2022 [Behördliche Durchsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Anforderungen aus zivilgesellschaftlicher Sicht \(mit CorA, VENRO und Initiative Lieferkettengesetz\)](#)
- Dezember 2022 [Gemeinsames Statement von 35 Organisationen zur geplanten Instrumentalisierungsverordnung](#)

Pressemitteilungen

- 26.01.2022 [„Keine populistische Verengung von Freiheitsrechten“](#)
- 02.02.2022 [„UN-Menschenrechtsrat muss Krieg in der Ukraine verurteilen“](#)
- 29.08.2022 [„Jetzt erst recht: Menschenrechte in Deutschland und weltweit stärken“](#)
- 11.11.2022 [„FMR begrüßt Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt“](#)
- 09.12.2022 [„Zum Tag der Menschenrechte: Menschenrechte sichern“](#)

Berichte vom MRR

- April 2022: [49. Sitzung](#)
- Juli 2022 [50. Sitzung](#)
- Oktober 2022 [51. Sitzung](#)

Veranstaltungen

Politische Gespräche

- 09.03.2022 Gespräch mit Außenministerin Baerbock und Innenministerin Faeser zu humanitären Visa und Bundesaufnahmeprogramm
- 07.07.2022 [Parlamentarisches Frühstück](#) der AG Rechte von Frauen und LSBTI* zur Umsetzung des AGG
- 28.08.2022 Gespräch mit Außenministerin Baerbock und Menschenrechtsbeauftragter Amtsberg mit Übergabe von Aide Mémoires
- Ganzjährig Vertreter_innen des Koordinationskreises und der Arbeitsgruppen nahmen darüber hinaus an zahlreichen Fach- und Lobbygesprächen mit Politiker_innen und Tagungen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Interne Veranstaltungen (Plena)

- 20./21.01.2022 Jahresklausur digital, Themenschwerpunkte: Neuer Bundestag- neue Bundesregierung, Afghanistan, Klimakrise
- 09.05.2022 Plenum, Themenschwerpunkt: Menschenrechtliche Implikationen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
- 13.10.2022 Plenum, Themenschwerpunkte: Ukraine, Afghanistan, Armutspolitik und drohende soziale Verwerfungen in Deutschland. Soziale Rechte in Deutschland

Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE²

AG Antirassismus

Mitglieder: Amnesty international, Bahá'í-Gemeinde, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland

AG-Sprecher: Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland

(johannes.brandstaeter@diakonie.de)

Themen und Aktivitäten

Politische Entwicklungen:

Von der Bundesregierung gab es im Nachwahljahr keine größeren Aktivitäten, sondern eine interne Neuorganisation: es wurde das Amt einer Antirassismusbeauftragten geschaffen, das personenidentisch zur per Aufenthaltsgesetz mandatierten Integrationsbeauftragten mit Frau Alabali-Radovan besetzt wurde.

Am 12. Januar stellte die Beauftragte nun ihren turnusmäßigen „Lagebericht“ an den Bundestag als „Lagebericht Rassismus“ vor. Der Bericht zur „Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, früher einmal verkürzt "Ausländerlagebericht" genannt, stellt nach §94 AufenthG eines der zentralen "Amtsbefugnisse" der Integrationsbeauftragten des Bundes dar. Erstmals hat der Lagebericht einen thematischen Schwerpunkt, Rassismus in Deutschland. Zum ersten Mal wird die Bundesregierung damit, zumindest formell, dem Erfordernis zur expliziten Rassismusberichterstattung nach UN-Antirassismuskonvention gerecht; die bisherige Berichterstattung war nur eine verklausulierte, unter Vermeidung des R-Worts. Inhaltlich bleibt der Bericht aus Sicht der AG allerdings dünn, der Umfang beträgt

nur ein Viertel dessen, was Lageberichte sonst ausmachen.

Von CERD liegt noch keine Bewertung des deutschen Staatenberichts zur UN-Antirassismuskonvention vor.

Das Forum gegen Rassismus wurde von der neuen Bundesregierung noch nicht wiederbelebt, es soll aber noch geschehen – unklar ist das Format.

Ausblick 2023

Folgende Themen stellen sich in Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag u.a.:

„Bundespartizipationsgesetz“ mit Forderungen u.a. nach der Quote auf Bundesebene

Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt – Umsetzung der Forderungen von ECRI an Deutschland

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Streitpunkt Doppelpass und der drohenden Schaffung eines Registers von Staatsangehörigen zweiter Klasse.

Rassismusbegriff in Artikel 3 Grundgesetz: in der Fachdiskussion geht es um ein Staatsziel, das ähnlich wie bei den Merkmalen Geschlecht und Behinderung Gleichstellungsmaßnahmen zum Gebot macht und damit die Bekämpfung struktureller rassistischer Diskriminierung ermöglicht.

² AG-Berichte für diesen Bericht gekürzt

AG Entwicklung/Wirtschaft

Mitglieder: Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, FIAN Deutschland, Germanwatch, Peace Brigades International, terre des hommes, Urgewald

AG-Sprecher: Jonas Schubert, terre des hommes (j.schubert@tdh.de)

Die AG hat sich zwei Mal getroffen und u.a. folgende Themen bearbeitet:

Berichterstattung für den UN-Sozialpakt: Input der AG beim Kick-off-Treffen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung Deutschlands über die Umsetzung des UN-Sozialpakts (9. September 2022).

Pressemitteilung zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt am 11. November 2022

Gemeinsam mit VENRO, Initiative Lieferkettengesetz und CorA Veröffentlichung des Anforderungspapiers „Behördliche Durchsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes“ (März 2022).

Input zur Jahrestagung des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany (10.11.2022): Eine Menschenrechtsperspektive auf Spillover-Effekte deutscher Politik im Kontext der Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele.

Lobby-Arbeit für eine ambitionierte Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland, vor allem durch Mitarbeit in spezifischen Arbeitszusammenhängen wie der AG Sorgfalt mit CorA, dem CSR-Forum oder der Initiative Lieferkettengesetz.

AG Flucht/Migration (NEU)

Mitglieder: Amnesty International, BAfF, BAG Asyl in der Kirche, BUMF, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland, DRK, EKD, KOK, PRO ASYL

AG-Sprecher: Günter Burkhardt, PRO ASYL (gb@proasyl.de)

Die bisherige AG Innen hat sich bei ihrem Treffen am 7. September in AG Flucht & Migration unbenannt. Dies entspricht der Schwerpunktsetzung der AG in den letzten Jahren.

Zu Beginn des Jahres hat die AG Begrüßungsschreiben des Ko-Kreises für die einschlägigen Minister*innen der neuen Bundesregierung zum Themenbereich Flucht & Migration mitverfasst. Im Spätsommer/Herbst wurden dann erneut Gesprächsanfragen gestellt, um circa ein Jahr nach der Wahl über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu sprechen. Arbeitsgruppenübergreifend war das Thema „Aufnahme aus Afghanistan“ immer wieder ein Thema, gerade im 1. Halbjahr.

Am 1. November traf die AG die Staatsministerin und Beauftragte für Integration und Flüchtlinge Reem Alabali-Radovan. Das Gespräch drehte sich um die aktuelle Aufnahmesituation und den politischen Diskurs in Deutschland, gerade auch angesichts der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von Anfang November. Ein weiteres Thema war das neue Asylprozessrecht in Deutschland. Hier ging es des Weiteren um einen neuen Vorschlag zur Beschleunigung der Asylverfahren und der Asylprozesse, der das Sonderprozessrecht für Schutzsuchende verschärft statt abzuschaffen.

Am 10. November fand ein Termin zwischen der AG und Staatssekretär Krösser im Bundesinnenministerium statt. Schwerpunkt des Gesprächs war die Instrumentalisierungsverordnung, die zu dem Zeitpunkt intensiv in Brüssel verhandelt wurde und die aus Sicht der Mitgliedsorganisationen einen schwerwiegenden Angriff auf

Flüchtlingsschutz und Menschenrechte darstellt. Anstatt gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen vorzugehen, würde die Verordnung diese legitimieren und den Ausnahmezustand rechtlich zementieren. Asylverfahren könnten zeitlich ausgesetzt werden, Menschen de facto inhaftiert werden. Damit steht nicht nur der Zugang zum Asylrecht sondern auch zum Rechtsstaat zur Disposition. Dies wurde von Seite des Forums auch im Gespräch deutlich gemacht. Außerdem wurde über aktuelle deutsche Gesetzgebungsverfahren gesprochen.

Am 23. November war die AG dann im Bundestag für ein Treffen mit dem Innenausschuss, um sich mit den Abgeordneten über Gesetzgebung in Deutschland und Europa auszutauschen. Hier wurde über das Chancen-Aufenthaltsrecht, Asylprozesse sowie Seenotrettung und die Instrumentalisierungsverordnung gesprochen. Als besonderen Gast hat die AG den Präsidenten des Verwaltungsgerichts Braunschweig a.D., Herrn Bartsch, eingeladen, um aus seiner Sicht über die problematischen Aspekte des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylprozesse darzustellen. Trotz der fundierten, auch praxisorientierten Kritik wurde das Asylprozessrecht geändert.

Aus der AG entstand zudem die Initiative eines gemeinsamen Statements gegen die Instrumentalisierungsverordnung, das maßgeblich von Mitgliedern der AG geschrieben und organisiert wurde. 35 Organisationen – viele aus dem FORUM MENSCHENRECHTE – veröffentlichten zwei Tage vor der geplanten Abstimmung einen [Appell an die Bundesregierung](#), gegen die Verordnung zu stimmen. Der Einsatz zeigte einen ersten Erfolg: Die Abstimmung im Rat am 8. Dezember fand nicht statt, da es keine Mehrheit im Rat für den Vorschlag gab.

AG Frauen/LSBTI*

Mitglieder: Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Frauenrat, Gesellschaft für Freiheitsrechte, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – IFFF/WILPF, LSVD, medica mondiale, pro familia.

AG-Sprecherin: Katrin Frank, Der Paritätische – Gesamtverband (faf@paritaet.org)

Aktivitäten 2022:

Parlamentarisches Frühstück am 7. Juli 2022:

Nach über 15 Jahren hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eine Evaluation und Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vorgenommen. Damit das Gesetz endlich wirksamen Schutz gegen Diskriminierung bietet, muss eine solche Reform wichtige und dringend überfällige Änderungen bringen. Die AG Rechte von Frauen und LSBTI* im Forum Menschenrechte hat deshalb am 7. Juli 2022 ein Parlamentarisches Frühstück veranstaltet. Lea Beckmann, Rechtsanwältin und Verfahrenskoordinatorin bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF) und Horst Frehe, Mitglied im Vorstand bei der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL), hatten einen kurzen Input zum Reformbedarf des AGG vorbereitet. Im Schwerpunkt ging es um folgende Themen: die Erweiterung des Anwendungsbereichs des AGG auf die öffentliche Verwaltung, eine deutliche Verlängerung der rechtlichen Fristen zur Durchsetzung von AGG-Ansprüchen, die Möglichkeit für Verbandsklagen und Prozessstandschaft sowie die mögliche Anpassung an die UN-Behindertenrechtskonvention. Die Begrüßung hatte die Bundestagsabgeordnete Katrin Helling-Plahr, rechtspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, übernommen. Insgesamt hatten sich rund 50 Personen angemeldet. Besonders erfreulich war, dass

an dem Frühstück auch die in der Ampelfraktion verantwortlichen sonstigen Fachpolitiker*innen wie Awet Tesfaiesus, Kaweh Mansoori und Ulle Schauws unter den Teilnehmenden waren.

Vorbereitung des Termins mit BMin Baerbock:

Am 29. August 2022 fand ein Treffen des Forum Menschenrechte mit BMin Annalena Baerbock statt. Einer der vom AA benannten Austauschpunkte war das Thema feministische Außenpolitik. Sara Fremberg von medica mondiale machte stv. für das Forum den fachlichen Input dazu. Die AG tauschte sich im Vorfeld hierzu aus.

Vorbereitung UPR-Verfahren 2023:

Die AG Rechte von Frauen und LSBTI* erarbeitete gemeinsame Eingaben für die Stellungnahme des Forum Menschenrechte zum UPR-Verfahren 2023. Die AG stellte diese im Dezember 2022 Silke Voß-Kyeck für die Stellungnahme des Forum Menschenrechte zur Verfügung.

[AG soziale Rechte in Deutschland \(NEU, Arbeitstitel\)](#)

Mitglieder: Der Paritätische-Gesamtverband, GFF e.V., ISL e.V., NMRZ, KOK e.V., PRO ASYL e.V.

AG-Sprecher: Michael Gerr, ISL e.V.
(kontakt@michael-gerr.de)

Die AG in Gründung hat sich am 21.11.2022 und am 11.01.2023 virtuell getroffen.

Es gibt verschiedene Anliegen, zu denen wir unter Anknüpfung an den menschenrechtlichen Diskurs arbeiten wollen, wo auch zahlreiche Querverbindungen – untereinander und zu weiteren wsk- Rechten - gezogen werden können.

Recht auf Gesundheit (Bsp. Zugang zu Versorgung für Undokumentierte und andere Personen ohne KV)

Recht auf Nahrung (Bsp. satt ist nicht gesund)

Recht auf Wohnen (Qualität der Unterbringung – auch für Geflüchtete, Wohnungslose (auch Frauen*), Sozialhilfe-Empfangende – in diesem Zusammenhang auch das Recht auf Familienleben und Recht auf Gewaltfreiheit.

Ziele für 2023:

UPR (Bericht wird im März eingereicht, wird durch das FMR Ende Januar fertiggestellt)
Bericht zum UN Sozialpakt (Ende des Jahres, nach bekanntem Verfahren)

Neben UPR- und wsk-Staatenbericht wollen wir uns erstmal ein gemeinsames Verständnis aneignen. Ein erstes inhaltliches Treffen ist geplant, bei dem verschiedene Dimensionen/einzelne Aspekte zum Recht auf Wohnen zusammentragen und Problembereiche aus mr-Perspektive vergegenwärtigt werden sollen -> Ergebnis könnte ein Schaubild/Poster sein, dass wir dann didaktisch nutzen.

Mittelfristig sind Stellungnahmen (z.B. wo ist der Unterschied zu Unterbringung und Wohnen) möglich.

[AG Kinderrechte:](#)

Mitglieder: Deutsches Kinderhilfswerk, National Coalition Deutschland, terre des hommes

AG-Sprecher: Thomas Berthold, terre des hommes (t.berthold@tdh.de)

Die AG legt für 2022 keinen Bericht vor.

AG Außenpolitik/Menschenrechtsrat (MRR)

Mitglieder: Amnesty, Brot für die Welt, DGVN, Heinrich Böll Stiftung, HRW, justitia et pax, MISEREOR, NMRZ, pbi, Reporter ohne Grenzen, urgewald, VEM, Silke Voß-Kyeck (MRR-Beobachtung)

AG-Sprecher: Jochen Motte, Vereinte Evangelische Mission (jplic@vemission.org)

Ein Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR auf der Grundlage der Berichte der durch das FMR beauftragten Beobachterin Dr. Silke Voß-Kyeck.

Seit 2019 hat Dr. Silke Voß-Kyeck für das FMR die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen. Die schriftlichen Ausarbeitungen finden sich auf der Website des Forums. Im Jahr 2022 war erstmals nach Corona auch wieder eine Begleitung in Präsenz in Genf bei den Sitzungen des Rates möglich.

Mitglieder der AG haben ferner an einem Austausch mit der Leitung des Menschenrechtsreferates, Jens-Christian Gaedtke und Dr. Thomas Seidel am 20. Oktober 2022 in Berlin teilgenommen. Dabei wurde über deutsche Prioritäten und Vorhaben im MRR berichtet, wobei Russland und China und dazu angestrebte Resolutionen in der Herbstsitzung von besonderem Interesse waren. Während die Resolution zu Russland angenommen wurde, fand die zu China keine Mehrheit.

Einer der Schwerpunktthemen der AG war der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen. Anliegen dazu wurden im Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29. August 2022 vorgetragen und diskutiert. Über eine Kleingruppe bearbeitet die AG ferner Fragen im Zusammenhang mit dem Schutzprogramm der Elisabeth-Selbert-Initiative. Ein angestrebtes Gespräch mit der Beauftragten für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe Luise Amtsberg, das krankheitsbedingt verschoben werden musste, ist für Februar 2023 terminiert.

Weitere Themen der AG waren die geplanten Sicherheits- und Chinastrategien der Bundesregierung, die ebenfalls beim Gespräch des FMR mit der Außenministerin erörtert wurden. Zusätzliche Themen waren Entwicklungen im Sicherheitsrat und der Vollversammlung der VN, Klima und Menschenrechte.

Die für das Jahr 2020 geplante und dann auf 2022 verschobene Reise des FMR nach Genf in Zusammenarbeit mit der FES musste aufgrund der Corona Krise nochmals verschoben werden und ist nun für Juni oder September 2023 anvisiert.

Die AG hat 2022 insgesamt dreimal getagt.

Weiterarbeit 2023

Ko-Kreis FMR und Vorstand Forum Menschenrechte e.V.

Im Zentrum der Arbeit steht 2023 voraussichtlich die Vorbereitung einer Veranstaltung zum 75. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die für 29. und 30. November geplant ist. Zur Vorbereitung gehört auch die Weiterarbeit am Podcast „Menschenrechte: ungehört“.

Arbeitsgruppen

Die bestehenden Arbeitsgruppen führen ihre Arbeit mit den in ihren Berichten benannten Schwerpunkten weiter.

Weitere Themen für 2023:

- Bundesaufnahmeprogramm
- Klima und Menschenrechte
- Selbstbestimmungsgesetz
- EU-Lieferkettengesetz
- Soziale Rechte in Deutschland
- Nationale Sicherheitsstrategie

Nicht zuletzt bleibt angesichts der teilweise erschreckenden Bedrohung von menschenrechtlichen Standards auch in EU-Mitgliedsstaaten eine bessere Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen in anderen europäischen Ländern ein großes Anliegen.

Netzwerk und Verein

Auf der Agenda steht die praktische Umsetzung der qua Satzungsänderung erfolgten organisatorischen Neujustierung des Verhältnisses von Netzwerk und Verein bei deren jeweiligen Aktivitäten.

Verwendete Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
CSR	Corporate Social Responsibility
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
ICERD	International Convention on the Elimination of all forms of Racial Discrimination
IMK	Innenministerkonferenz
MRR	UN-Menschenrechtsrat
NAP	Nationaler Aktionsplan
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßiges Staatenüberprüfungsverfahren des MRR)

Mitgliedsorganisationen 2022

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT Deutschland e.V.)
2. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)/pbi
3. Amnesty International Deutschland e.V.
4. Baha'í-Gemeinde Deutschland K.d.ö.R.
5. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
6. Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.
7. Bundesweite AG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAFF)
8. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK)
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
10. Deutsche Kommission Justitia et Pax
11. Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
12. Deutscher Frauenrat – Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
13. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
14. European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR)
15. EWDE – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. mit den Teilwerken Brot für die Welt und Diakonie Deutschland
16. FIAN Deutschland e.V. FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk
17. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
18. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
19. Germanwatch e.V.
20. Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
21. Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF)
22. Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
23. Human Rights Watch
24. Humanistische Union e.V.
25. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)
26. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
27. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) – Deutsche Sektion e.V.
28. Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (missio Aachen)
29. IPPNW e.V.
30. JUMEN e.V. – Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland

31. Kindernothilfe e.V.
 32. Kommission für Menschenrechte – Freiburger Anwaltverein e.V.
 33. Konrad Adenauer Stiftung e.V.
 34. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.
 35. medica mondiale e.V.
 36. missio - Internationales Katholisches Missionswerk Ludwig Missionsverein KdÖR (missio München)
 37. National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.
 38. Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.
 39. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ e.V.
 40. Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
 41. pax christi Deutsche Sektion e.V.
 42. PRO ASYL e.V.
 43. pro familia Bundesverband e.V.
 44. Reporter ohne Grenzen e.V.
 45. Survival International Deutschland e.V.
 46. TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.
 47. terre des hommes Deutschland e.V.
 48. urgewald e.V. – Anwalt für Umwelt und Menschenrechte
 49. Vereinte Evangelische Mission/VEM
 50. Werkstatt Ökonomie e.V.
- Gastmitglieder:
51. Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW)
 52. Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)
 53. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Impressum

Herausgeber:

Forum Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Redaktion

Beate Ziegler

Juli 2023